

Redemanuskript Cornelia Füllkrug-Weitzel

Jahres-Pressekonferenz 12. August 2020 - es gilt das gesprochene Wort

Wir begrüßen Sie herzlich zur Jahres-Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Die Veröffentlichung unseres Jahresberichts nehmen wir zum Anlass, kurz auf das vergangene Jahr zurück zu schauen und Ihnen die wichtigsten Zahlen zur Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Partnerorganisationen weltweit vorzustellen. Aber zunächst wollen wir den Blick auf die aktuellen Probleme werfen, die sich der Humanitären Hilfe stellen, auch im Hinblick auf die Katastrophe im Libanon vergangene Woche.

Corona

Zu Beginn der Corona-Pandemie hieß es oft, das Virus sei ein „Gleichmacher“ und träfe alle Menschen in ähnlichem Maße. Doch allmählich kam die Erkenntnis, dass die einen durch das Virus stärker bedroht sind als andere.

Das gilt schon innerhalb Deutschlands und Europas. Für ärmere Länder (im globalen Süden) jedoch sind die Konsequenzen weitaus dramatischer – sowohl die Gefahr für die Gesundheit der Menschen als auch die Gefahren für ihre wirtschaftliche, soziale Existenz:

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Zahl der akut Hungernden in den am stärksten gefährdeten Ländern der Welt im Zuge der Corona-Krise bis zum Jahresende 2020 von 135 Millionen Menschen auf 265 Millionen steigen wird. Das heißt, die Zahl der Menschen, die in den nächsten Monaten von humanitärer Lebensmittelhilfe abhängig sein werden, um zu überleben, wird sich fast verdoppeln – das ist dramatisch!

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Lockdown-Maßnahmen in fast allen Ländern der Welt haben Menschen ihrer Einnahmemöglichkeiten beraubt, haben die Bewirtschaftung der Felder, den Verkauf der Produkte auf lokalen Märkten erschwert und die Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln für die neue Ernte unmöglich gemacht. Länder, die auf Importe von Lebensmitteln wie der Südsudan, Jemen oder Venezuela, angewiesen sind, konnten wegen Grenzschießungen weniger Waren einführen. Je nach Region sind die Preise teils massiv gestiegen. Die Folgen im Laufe der kommenden Monate werden dramatisch sein: Sehr, sehr viele Menschen werden verhungern! Verschärfte Verteilungskämpfe und soziale Unruhen werden die Folge sein, wenn der Hunger sich weiter ausbreitet.

Was uns daher aktuell am meisten beunruhigt ist, dass der Bedarf an humanitärer Hilfe in einem Moment steigt, in dem die Zahl der Flüchtlinge und die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, und für die schon vor Corona nicht genug Geld zur Verfügung stand, bzw. zur Verfügung gestellt wurde, so hoch ist wie nie. Wir haben Angst, dass nun die neue Not gegen alte Not ausgespielt wird, dass ‚alte‘, auch chronische, humanitäre Krisen wegen der Pandemie in Vergessenheit geraten.

Natürlich sind Schutz vor dem Corona-Virus und die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen gerade entscheidend. Beides hat sowohl bei uns in Deutschland als auch bei unseren lokalen Partnern hohe Priorität. Die Diakonie Katastrophenhilfe hat gleich zu Beginn der Pandemie ihre Hilfsprogramme überall auf der Welt an die neue Situation angepasst. Hygiene-, Aufklärungs- und Verteilungskampagnen wurden in laufende Projekte integriert. Gleichzeitig konnten wir dank vieler Spenden neue Corona-spezifische Hilfsprogramme mit den Partnern entwerfen und starten – etwa für Tagelöhner in Indien und für Vertriebene im Kongo. Global betrachtet bindet dies jedoch finanzielle Mittel, die dann an anderer Stelle fehlen. Seit Beginn der Pandemie drängen wir deshalb gemeinsam mit vielen anderen nationalen und internationalen Organisationen darauf, dass eine Krise solchen Ausmaßes neue, zusätzliche Gelder erfordert. Stattdessen geschieht gerade, was nicht passieren sollte: Gelder werden

lediglich umgeschichtet, also bisher anderweitig geplanten Zwecken entzogen.

Das allerdings nicht, weil es international an Geld, sondern weil es an politischem Willen fehlt! In Brüssel wurde vor wenigen Wochen ein Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden beschlossen. Der Betrag, den die Vereinten Nationen für ihren Corona-Hilfsfonds von der internationalen Geber-Gemeinschaft für die Ärmsten der Armen erbeten haben, wirkt im Vergleich geradezu bescheiden: 10 Milliarden Dollar. Und dieser Fonds ist gerade mal zu 20 Prozent gefüllt. Ein beschämendes Ergebnis für die internationale Solidargemeinschaft.

Wir haben unsere Spenderinnen und Spender darum gebeten, unsere Pandemie-Hilfe zu unterstützen. Dank ihrer Großzügigkeit konnten wir viele laufende Projekte finanziell aufstocken und neue Corona-spezifische Hilfe starten. Andere Mittelgeber wie die Bundesregierung und die Europäische Union waren immerhin so flexibel, dass sie der Diakonie Katastrophenhilfe ermöglicht haben, von den ursprünglichen Projektplanungen abzuweichen und Corona-Komponenten in die laufenden Hilfsprojekte aufzunehmen.

Schon heute ist klar: Selbst, wenn die gesundheitlichen Auswirkungen hoffentlich in absehbarer Zeit etwas kontrollierbarer sind - die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Corona werden Menschen weltweit viele Jahre lang wie ein Schatten verfolgen und die humanitäre Hilfe vor große Herausforderungen stellen.

Damit dieser Schatten nicht länger und länger wird, muss jetzt gehandelt werden: der sich abzeichnenden Hungerkrise in weiten Teilen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens muss sofort entgegengewirkt werden, die Geber internationaler Hilfe müssen sofort und mit aller Kraft damit beginnen. Nachdem viel Geld für die Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen in das eigene Land geflossen ist, ist es mehr als an der Zeit und moralisch geboten, die schlimmsten Folgen in anderen Teilen der Welt mildern zu

helfen. Dazu gehört – wie bereits gesagt – den drohenden Hungertod von Hunderttausenden – speziell in Ostafrika – abwenden zu helfen. Das braucht einen Vorlauf, also sofortigen Beginn.

Der Hunger dort kündigt sich ohnehin schon länger an, ohne dass mit internationaler Unterstützung angemessen begonnen wurde: Schon vor der Pandemie hatte die von Wetterextremen und Konflikten geplagte Region Ostafrika mit einer Jahrhundert-Plage geradezu biblischen Ausmaßes zu kämpfen: Schwärme von Wüstenheuschrecken fielen in den vergangenen Monaten über die Felder und Dörfer her und fraßen alles kahl. Von der Öffentlichkeit im Schatten von Corona relativ unbemerkt, hat sich auch diese Krise verfestigt und regional ausgeweitet. Die zweite Generation der Schwärme konnte weiter anwachsen und die Heuschrecken bedrohen nun noch größere Gebiete in Kenia, Äthiopien oder Somalia. Eigentlich konnten diese Regionen mit einer guten Ernte rechnen. Doch die Schwärme fressen unaufhaltsam alles, was auf den Feldern und in den Gärten sprießt und hinterlassen eine Spur der Verwüstung – und des Hungers. Unbeschreiblich viele Kleinbauernfamilien haben alles verloren und absolut nichts mehr, wovon sie leben können. Und nun Corona on top. Ohne massive Nahrungsmittelhilfe ist das Leben hunderttausender Familien bedroht.

Lage in Syrien

Eine jener Krisen, die sich im Schatten von Corona ohne gebührende Aufmerksamkeit weiter zuspitzt, ist Syrien. Nach - und infolge von - über neun Jahren Krieg hat das Land mit einer großen Wirtschaftskrise und galoppierender Inflation zu kämpfen. Die Kosten für Lebensmittel haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt, in Ost-Ghuta, einem Vorort von Damaskus, sind die Preise für Medikamente zeitweise um das sechsfache gestiegen. Acht von zehn Menschen in Syrien leben in extremer Armut und mehr als neun Millionen - etwa die Hälfte der Bevölkerung - hungern. 1,5 Millionen Menschen mehr als noch vor sechs Monaten. Das Virus sorgt dafür, dass sich die wirtschaftliche Lage weiter verschärft und der Hunger

zunimmt - auch, wenn die offiziellen, also registrierten, Infektions-Zahlen aus dem Land bislang eher niedrig sind.

Zum Glück, denn: Das Gesundheitssystem könnte eine Ausbreitung des Virus kaum bewältigen. Es ist in einigen Teilen Syriens kaum noch existent: Ärzte sind geflohen oder an den Waffen, Krankenhäuser durch Bombardements – auch gezielte – zerstört. Geräte, Hilfsmittel, Medikamente sind kaum mehr vorhanden. Und das Geld für neue ebenso wenig.

Wie skandalös mit dem Leid von Millionen Menschen Politik gemacht wird, konnten wir erst vergangenen Monat im UN-Sicherheitsrat beobachten, als die dort versammelten Staaten sich nicht einigen konnten, wenigstens zwei (!) Grenzübergänge im Norden Syriens für Hilfslieferungen offen zu halten. Wohlgemerkt: Vor einem Jahr waren es noch vier Übergänge, nun ist davon noch einer übrig. Weniger Grenzübergänge bedeutet unweigerlich auch weniger Hilfe. Die Menschen im Norden Syriens sollen ausgehungert werden - ein weiterer der unzähligen Verstöße gegen das Humanitäre Völkerrecht im Syrien-Krieg. Da die Grenze in Richtung Türkei weiterhin geschlossen ist, wird vielen nur die Flucht in den Süden und damit in die von der Regierung kontrollierten Gebiete bleiben. Selbst angesichts der drohenden politischen Verfolgung wird den Menschen keine andere Wahl bleiben, wenn sie sich und ihre Familien vor dem Verhungern retten wollen.

Libanon

Eine Ausbreitung des Hungers in der Region droht in den kommenden Wochen auch den Menschen im Libanon. Die Zerstörungen nach der Explosion vergangene Woche sind immens und es wurden wohl auch große Getreidevorräte zerstört. Unser Mitgefühl gilt in diesen Tagen den Betroffenen der Katastrophe und dem gesamten Land. Der Libanon hat ohnehin schon mit großen Problemen zu kämpfen: Gemessen an der Einwohnerzahl hat kein Land der Welt so viele Flüchtlinge aus Syrien

aufgenommen wie der Libanon. Angesichts einer – auch, aber nicht nur damit verbundenen - Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Verfall der Währung ist über die Hälfte der Bevölkerung in die Armut abgerutscht. Die Gastfreundschaft der Bevölkerung gegenüber den syrischen Flüchtlingen ist damit endgültig an ihre Grenzen gekommen, die Stimmung ist umgeschlagen und multipliziert das gesellschaftliche und politische Konfliktpotential im Land. Der soziale Frieden ist mithin aus mehreren Gründen zerbrochen und die Wut über die Regierung nach der Explosion trägt ein weiteres dazu bei, dass der Libanon selbst ein Pulverfass ist, dessen Explosion eine extreme Bedrohung für die Region darstellt. Die syrischen Flüchtlinge haben praktisch keine Chance auf Unterstützung und Bleibeperspektiven im Libanon mehr – auch das könnte zur weiteren Destabilisierung der Region beitragen. Jetzt ist es an der Zeit, uns ebenso solidarisch mit den Menschen im Libanon zu zeigen, wie sie sich in den vergangenen Jahren gegenüber den Syrerinnen und Syrern verhalten haben. Sie haben ihr Grenzen lange Zeit offengehalten und den Flüchtlingen Schutz gewährt. Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigt sich auch seit Beginn der Corona-Pandemie.

Situation von Flüchtlingen

Flüchtlinge – aus Syrien und anderen Teilen der Welt – sind von der Pandemie und ihren Folgen besonders betroffen. Und das in mehrfacher Hinsicht: Zum einen wurden die Genfer Flüchtlingskonventionen durch Grenzsicherungen quasi außer Kraft gesetzt: Menschen, die aus Angst um ihr Leben ihre Heimat verlassen mussten, standen vor geschlossenen Grenzen. Südsudanesen konnten nicht nach Uganda fliehen und auch Menschen, die wegen des Terrors in Nigeria in Kamerun Schutz suchen wollten, kamen nicht ins Land. Jene Menschen, die sich in überfüllte Camps retten konnten, sind – zum anderen - durch Corona einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt: Zur schlechten Versorgung mit Essen und Trinkwasser, kommen nun auch noch die extrem beengten Lebensverhältnisse und völlig unzureichende Hygiene als Gefahrenquelle

hinzu: erreicht der Virus überfüllte Flüchtlingslager hat die Verbreitung leichtes Spiel. Zum Trauma, das sie auf die Flucht getrieben hat, kommt nun die Angst vor dem Virus.

Beschämendes Beispiel für die verzweifelte Situation sind die Flüchtlingscamps in Griechenland, die schon lange völlig überbelegt sind. Doch auch die Camps für etwa eine Million Rohingya in Bangladesch bieten Anlass zu größter Sorge, ebenso die oben schon genannte lebensbedrohliche Situation für 2,6 Millionen Menschen im Norden Syriens. Hier kann man nur von Glück sprechen, dass es bisher nicht zu einem großen Ausbruch von Corona gekommen ist.

Einnahmen und Ausgaben

Abschließend werfen wir noch einen Blick zurück in das vergangene Jahr: Die Diakonie Katastrophenhilfe hat 2019 23,9 Millionen Euro Spenden eingenommen, ein leichter Anstieg von etwa 300.000 Euro gegenüber dem Vorjahr – zurückzuführen auf die vielen Spenden, die wir für die Nothilfe nach dem schweren Wirbelsturm Idai in Mosambik erhalten haben. Dadurch sind die zweckgebundenen Spenden leicht gestiegen, die zweckungebundenen Spenden jedoch leicht zurückgegangen. Wichtig zu wissen dabei: Zweckfreie Spenden sind nicht an bestimmte Katastrophen oder Länder gebunden und für uns so besonders wichtig, weil sie es uns ermöglichen, flexibel auf Krisen zu reagieren, die gerade nicht im Brennpunkt der öffentlichen Berichterstattung sind.

Für das Vertrauen in unsere Arbeit und das gute Spendenergebnis möchte ich allen Spenderinnen und Spendern danken – vor allem im Namen der Menschen, die die Diakonie Katastrophenhilfe zusammen mit ihren lokalen Partnern unterstützen konnte.

Was die öffentlichen Mittel – sprich Gelder von der deutschen Bundesregierung, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen –

angeht – mussten wir einen leichten Rückgang von etwa einer Million Euro auf 16,3 Millionen Euro verzeichnen.

Die Gesamteinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe lagen mit 49 Millionen Euro knapp drei Prozent über dem Vorjahresniveau (2018: 47,8 Millionen Euro).

Die Diakonie Katastrophenhilfe hat im vergangenen Jahr 205 Projekte in 37 Ländern durchgeführt und dafür etwa 41 Millionen Euro bereitgestellt. Ähnlich wie 2018 sind auch im vergangenen Jahr die meisten Mittel in die vom Syrienkrieg betroffene Region, also Länder wie Jordanien, Syrien und die Türkei, geflossen. Weitere Schwerpunkte waren die DR Kongo und der Südsudan. Die Kosten für Werbung und Verwaltungskosten konnten wir verringern, ihr Anteil an den Gesamtausgaben liegt bei etwa 8,4 Prozent. Dieser Anteil wird vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen als niedrig bewertet.

Vielen Dank.